

15.06. – 19.06.2015

ARM UND ÜBERSCHULDET – TROTZ ARBEIT

www.aktionswoche-schuldnerberatung.de

Schuldnerberatung

Raten: 150,-

ÖPNV: 96,-

Haushalt: 800,-

Strom: 101,-

Miete: 650,-

Kindergeld: 184,-

Lohn: 1.249,-



Bundesweite Aktionswoche der Schuldnerberatung

Caren Lay MdB, stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende DIE LINKE:

Verschuldung trotz Arbeit darf es nicht mehr geben Beitrag für die „Aktionswoche Schuldnerberatung“

In diesem Jahr feiern wir einen traurigen Geburtstag: Zehn Jahre Agenda 2010. Laut Bundesregierung sind die Gesetze ein voller Erfolg. Doch der Schein trügt: Es gibt seitdem nicht weniger Armut – es gibt mehr. Laut einer Studie aus dem Februar dieses Jahres gelten derzeit in Deutschland mehr als 12 Millionen Menschen als arm. Seit 2006, ein Jahr nach der Einführung der letzten Agenda-Gesetze, hat die Armut sogar um 11 Prozent zugenommen. Das sind deutliche Zahlen.

Die Armut der einen ist der Reichtum der anderen. Jüngste Zahlen belegen: 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen bis zu 71 Prozent des Vermögens. Die restlichen 90 Prozent teilen sich folglich die restlichen 29 Prozent. Die Zahlen steigen seit Jahren und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Arbeit schützt dabei schon lang nicht mehr vor Armut. Insgesamt hatten 2014 rund 39 Prozent aller Beschäftigten Teilzeitarbeit, eine Leiharbeit oder einen Minijob. Von dieser Arbeit können sie oft nicht leben, müssen „aufstocken“ oder einen weiteren Job annehmen.

Zu allem Überfluss steigen auch die Lebenshaltungskosten. Die Mieten explodieren besonders in den Metropolen: Zwischen 2009 und 2014 gab es eine durchschnittliche Mietsteigerung von 20 Prozent in Deutschland, in einzelnen Städten noch deutlich stärker. Auch andere Kosten steigen: Der massive Anstieg der Strompreise seit der Jahrtausendwende lies allein 2013 sieben Millionen Haushalten in Zahlungsschwierigkeiten kommen. 350.000-mal wurde sogar ganz abgeklemmt.

Daher ist es kein Wunder, dass auch die Anzahl der Überschuldeten Menschen in Deutschland seit Jahren konstant über 6 Millionen Betroffenen liegt.

Von der Bundesregierung ist nicht viel zu erwarten. Sie ruht sich auf der vermeidlich niedrigen Arbeitslosigkeit aus oder dreht maximal an den Stellschrauben, indem sie die Hartz IV-Sätze hin und wieder um ein paar Euro anpasst oder mit 8,50 Euro einen viel zu geringen Mindestlohn einführt.

Als LINKE unterstützen wir wie jedes Jahr die Forderungen der Aktionswoche Schuldnerberatung. Unsere Fraktion bringt zahlreiche Anträge ein, die die Situation von Menschen, die keine oder nur eine prekäre Beschäftigung haben, verbessern können. Meine Partei startete außerdem Ende April die Aktion „Das muss drin sein“. Wir fordern mit vielen Aktionen ein Stopp der Leiharbeit und der prekären Beschäftigung, eine Mindestsicherung und die Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV und eine Umverteilung der Arbeit in Deutschland. Während viele unter Überstunden und Dauerstress leiden, haben andere überhaupt keinen Job. Das muss sich ändern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Wohnen und Energie wieder bezahlbar wird. Zu guter Letzt fordern wir mehr Personal in Pflege und Bildung – also da wo in den letzten Jahren oft der Rotstift besonders häufig angesetzt wurde.

Wir sagen: In einem reichen Land wie Deutschland muss das drin sein. Diese Maßnahmen, die schlussendlich allen zugutekommen, werden auch Schuldnerinnen und Schuldnern helfen, da sie die Ursache von Verschuldung angehen. Dazu gehört auch eine echte Mietpreisbremse, die nur im Rahmen des Inflationsausgleichs Mieterhöhungen zulässt und ein Verbot der Stromsperrern.

Darüber hinaus fordert die Fraktion DIE LINKE regelmäßig in den Haushaltsberatungen des Bundestages eine bessere finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatungen.